

Diskussion um "lernende Organisationen" und "Kompetenzentwicklung" (im Zusammenhang betrieblicher Interessenvertretung) zumindest teilweise behoben werden: Es ist auffallend, daß bei der Definition von Lernanforderungen an Beschäftigte und Betriebsräte eine fundamentale Kategorie kaum noch auftaucht und im Kompetenzbegriff aufgehoben wird: die Politik. Damit wird "übersehen", daß Lernprozesse, die An- oder Enteignung von Wissen und Formen der Kompetenzentwicklung im Kontext betrieblicher Herrschafts- und Machtausübung stattfinden und somit aus der Perspektive von Betriebsräten nie Selbstzweck sein können: Sie stellen vielmehr ein Mittel dar, um die Handlungsfähigkeit von Betriebsräten bei der Durchsetzung von Arbeitnehmerinteressen zu verbessern. An dieser "politischen Kompetenz" werden sie vor allem gemessen, wenn sie das Vertrauen ihrer Klientel gewinnen wollen.

**Mitarbeiter/in und Kontakt:**  
 Dr. Joke Frerichs 0221/97 30 43 32  
 joke.frerichs@iso-koeln.de  
 Wolfgang Pohl 0221/97 30 43 28  
 wolfgang.pohl@iso-koeln.de  
 Vera Wilwertz

## Umweltschutz, Recht und Eigenverantwortung im Betrieb

### Förderung der Umweltschutzkompetenzen von Betriebsräten in Klein- und Mittelbetrieben

Nicht nur Einführung und Anwendung von produktionsintegrierten Umweltschutztechniken und Umweltmanagementsystemen, sondern auch der innerbetriebliche Vollzug der einschlägigen Umweltschutzvorschriften bereiten besonders in kleinen und mittleren Unternehmen große Probleme. Ein Grund dafür ist eine nach wie vor nur unzureichende Beteiligung und Mitwirkung der Mitarbeiter und der betrieblichen Interessenvertretung. Wie empirische Untersuchungen zur Praxis des betrieblichen Umweltschutzes immer wieder zeigen, bleiben die betrieblichen Umweltschutzexperten und die Geschäftsleitungen in diesem Themen- und Handlungsfeld weitgehend unter sich, und dies, obwohl sich bereits empirisch weitergehende Partizipationsrechte der Belegschaften als förderlich im Prozess der Ökologisierung der Unternehmen erwiesen haben.

Betriebsräte ziehen sich mit dem Verweis auf defizitäre Informations-, Kontroll- und Mitbestimmungsrechte häufig auf ihre formelle Nichtzuständigkeit in umweltpolitischen Angelegenheiten zurück. Sofern überhaupt, werden Fragen des betrieblichen Umweltschutzes nur in Zusammenhang mit dem Arbeits- und Gesundheitsschutz der Mitarbeiterschaft behandelt. Die Sichtweise einer fehlenden rechtlich abgesicherten Kompetenz verkennt allerdings, daß viele Instrumente des betrieblichen Umweltschutzes mittelbar die betriebsverfassungsrechtlichen Zuständigkeiten des Betriebsrates berühren. Soweit es um Umweltschutzfragen auf der betrieblichen Ebene geht, haben Betriebsräte sehr wohl ein Umweltschutzmandat.

Um dieses Mandat praktisch mit Leben füllen zu können, sind nicht nur arbeitspolitische Mitgestaltung und praxisbezogenes Umweltbewußtsein erforderlich, sondern im besonderen Maße auch Kenntnisse in den umwelt- und betriebsverfassungsrechtlichen Handlungsgrundlagen und ihrer Umsetzungsmöglichkeiten.

In diesem Projekt sollen erfolgversprechende Ansatzpunkte und Möglichkeiten für eine systematische Förderung der Umweltschutzkompetenz von Betriebsräten nicht nur entwickelt, sondern – im Unterschied zu themenverwandten Studien – auch im Betriebsalltag praktisch erprobt und in der Perspektive auf notwendige institutionelle, politische und rechtliche Innovationen zur Diskussion gestellt werden. Betriebliche Fallstudien, fallbezogene und fallübergreifende Analysen der arbeitspolitischen Handlungskonstellationen sowie der rechtlichen Rahmen- und Handlungsbedingungen, Entwicklung einer didaktisch



aufbereiteten Konzeption für eine gezielte Förderung der Umweltschutzkompetenz von Betriebsräten und schließlich Organisation und Auswertung eines Transferworkshops mit relevanten Akteuren bzw. Multiplikatoren sind die miteinander verwobenen Kernelemente des Projektes.

*Das Projekt wird von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt von September 2000 bis Februar 2002 finanziell gefördert und in Kooperation mit den Firmen Caro Druck, Frankfurt/M., Kölner Verbund, Köln, Muckenhaupt & Nusselt, Wuppertal, Aumüller Druck, Regensburg, und Gronenberg Druck und Medienservice, Wiehl, durchgeführt.*

**Mitarbeiter und Kontakt im ISO:**

Dr. Martin Birke 0221/97 30 43 37

[martin.birke@iso-koeln.de](mailto:martin.birke@iso-koeln.de)

Guido Lauen 0221/97 30 43 30

[guido.lauen@iso-koeln.de](mailto:guido.lauen@iso-koeln.de)

Dr. Michael Schwarz 0221/97 30 43 38

[michael.schwarz@iso-koeln.de](mailto:michael.schwarz@iso-koeln.de)

Das Institut für Umweltrecht (IUR), Bremen, ist beauftragt, projektbegleitend eine Bestandsaufnahme der rechtlichen Bestimmungen zur Partizipation von Betriebsräten im Rahmen des betrieblichen Umweltschutzes und im Zusammenhang mit Umweltmanagementsystemen beizusteuern.

## Bürgerengagement und Neue Arbeit für Köln

Die Stadt Köln ist von überdurchschnittlicher Arbeitslosigkeit betroffen, insbesondere in den rechtsrheinischen Stadtteilen wie Kalk, Mülheim, Vingst oder Höhenberg. Gerade dort, in den städtischen Quartieren mit wegbrechender industrieller Infrastruktur, lassen sich jedoch neue Strategien zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und sozialer Segregation beobachten. Ziele dieser Strategien sind neben dem Abbau struktureller Erwerbslosigkeit auch die Stärkung bürgerschaftlichen Engagements zur nachhaltigen Revitalisierung dieser Stadtteile.

Zentrales Ziel des Forschungsprojektes „Bürgerengagement und Neue Arbeit für Köln“ ist es, einen genaueren Blick auf solche Strategien und die in diesem Kontext agierenden Organisationen zu werfen. Hieraus ergeben sich drei Teilziele:

- Bestandsaufnahme der Ist-Situation zu Bürgerengagement und Beschäftigungsförderung in Köln;
- Entwicklung eines stadtteilübergreifenden Netzwerks „Bürgerengagement und Neue Arbeit“;
- Prüfung der Übertragbarkeit.

Dazu sollen folgende Leitfragen beantwortet werden:

- Mit welcher Strategie werden Beschäftigungspotentiale im Stadtteil erschlossen?
- Welche Rolle nimmt innerhalb dieser Strategie das Fördern von Bürgerengagement bzw. bürgerschaftlichen Projekten ein?
- Können neue Erwerbsarbeitsplätze durch das Fördern von Bürgerengagement im Stadtteil entstehen?
- Welche Erfolgsfaktoren zur nachhaltigen Förderung von Bürgerengagement und Erwerbsarbeit sind festzuhalten?
- Unter welchen Bedingungen lassen sich die Kölner Erfahrungen auf andere Kommunen in NRW übertragen?

Erkenntnisleitendes Interesse des Forschungsprojektes ist das Aufspüren von Hinweisen zu Synergien zwischen Bürgerengagement und Erwerbsarbeit. Ausgehend von der fachlichen Debatte zur Zukunft der Bürgergesellschaft sowie zu Entwicklungslinien des bürgerschaftlichen Engagements vertreten wir die These, daß das Fördern von Bürgerengagement unter bestimmten Voraussetzungen Erwerbsarbeitsplätze schaffen sowie Beschäftigungspotentiale erschließen hilft. Das Recherchieren von Erfolgsfaktoren und Rahmenbedingungen für entsprechende